Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 12 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 15. Januar 1931

Keine neuen Steuern.

Wenn in den letzten anderthalb Jahrzehnten deutsche Finanzminister die Reichstagsberatung ihres Haushalts mit einer Rede eröffneten, so gab es meist recht unliebsame Überraschungen, die darin bestanden, daß das Loch im Reichshaushalt wieder einmal recht sichtbar klaffte. Und oft genug kam die Extraüberraschung noch hinzu, daß das Loch viel größer geworden war, als man vorher befürchtet hatte. Auf die diesmalige Rede des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich paßt die bisherige Erfahrung insofern nicht ganz, weil man über das Bestehen eines großen Fehlbetrages im Reichshaushalt unterrichtet war; als es sich bei den Ausführungen Dr. Dietrichs herausstellte, daß die bisherige Schätzung dieses Fehlbetrages auf 600 Millionen Einnahmeausfälle noch um 100 Millionen hinter der Wirklichkeit zurückblieb, wurde das noch etwas leichter hingenommen als die zweite, sehr viel unangenehmere Mitteilung, daß trotzdem auf der anderen Bilanzseite die Ausgaben um 300 Millionen höher sind, als vorgesehen ist. Infolgedessen wird sich am Ende des Haushaltsjahres ein Fehlbetrag ergeben, der sich um eine Milliarde herumbewegt. Das wäre also ein bißchen mehr, als der Reichsfinanzminister bei Aufstellung des neuen Reichshaushalts glaubte annehmen zu müssen, der jetzt der Beratung und Kontrolle des zuständigen Reichstagsausschusses unterliegt. Allerdings kommt weiter noch hinzu, daß auch im „Extraordinarium", wie es früher hieß, also im Außerordentlichen Reichshaushalt, gleichfalls Mindereinnahmen und Mehrausgaben ein Defizit neu entstehen oder vielmehr das mit 1670 Millionen bestehende um 110 Millionen noch vergrößern ließen. Hier handelt es sich um kurz- oder mittelfristige Kredite, deren Abdeckung bei flüssigem Geldmarkt einfach durch Prolongation ersetzt werden kann. Aber schön ist es nicht, daß das Reich immer wieder „querschreiben" muß, und sehr billig ist es angesichts der Höhe des Reichsbankdiskonts auch nicht!

Wenn aber deutsche Finanzminister unter so betrüblichen Umständen redeten, so war der Schluß in der Regel die Ankündigung einer Steuererhöhung. Oder gleich mehrerer. Zur Abwechslung gab es auch irgendwo eine Ausgabenkürzung, die, wie bei den Beamtengehältern, eine verzweifelte Ähnlichkeit mit einer Steuer hatte. Man hat auch dem jetzigen Reichsfinanzminister allerhand dunkle Pläne einer Erhöhung z. B. der Umsatzsteuer nachgesagt, weil er im Dezember vorigen Jahres eine solche Maßnahme als „letzte Reserve" der Reichsregierung bezeichnet hatte. Es ist aber zwecklos, Steuern und Zölle zu erhöhen, wenn man das schon getan hat, nun aber feststellen muß, daß dabei nicht Mehreinnahmen sich ergeben haben, sondern der Ertrag scharf zurückgeht. Auch von weiteren Gehaltskürzungen wurde gemunkelt. Eine erfreuliche Überraschung war es daher, daß der Reichsfinanzminister erklärte, er denke weder an Steuererhöhung noch an neue Gehaltskürzung, — und das ist für den an sich schon mehr als nur geplagten Steuerzahler vorerst völlig genug!

Nun hat ja die Deutsche Volkspartei, die zur Regierungskoalition gehört, mehrfach und kategorisch verlangt, es müßten beim Reichshaushalt auf der Ausgabenseite noch weitere 300 Millionen gestrichen werden; täte die Reichsregierung das nicht, dann usw. Vor ein paar Tagen hat der neue Vorsitzende dieser Partei, Dr. Dingeldey, in Dresden wieder sehr deutlich diese Forderung erhoben und auf etwaige koalitionspolitische Folgen hingewiesen. Bloß bezeichnete Dr. Dietrich es nun als ein wohl kaum ausführbares Kunststück, an dem von ihm selbst schon energisch zusammengestrichenen Reichshaushalt noch weiter mit dem Blaustift herumarbeiten zu können. Aber Dr. Dietrich ist als Reichstagsabgeordneter selbst viel zu lange Mitglied des Reichstagsausschusses für den Reichshaushalt gewesen, um nicht zu wissen, daß dort solche Streichungen doch noch gern und oft vollzogen werden. Namentlich dann, wenn auf der Ausgabenseite die Zehnmilliardengrenze überschritten ist und hinter so manchen Voranschlag auf der Einnahmeseite ein nicht gerade kleines Fragezeichen gesetzt werden muß.

„Gemäßigter Optimismus"

Du sollst nicht unken!

Der Reichsfinanzminister zum Reichshaushalt.

Die vorbereitenden Arbeiten für die nächste Reichstagssession, die am 3. Februar beginnt, sind in vollem Gange. Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat seine Aussprache über die finanz- und wirtschaftspolitische Lage des Reiches aufgenommen und die Vorberatung des Reichshaushalts für 1931 wurde durch eine Rede des Reichsfinanzministers Dietrich eingeleitet.

Der Minister beschäftigte sich zunächst mit

der Frage des Einnahmeausfalls.

Dr. Dietrich betonte, daß er Anfang Dezember vorigen Jahres den voraussichtlichen Fehlbetrag für 1930 auf rund 900 Millionen geschätzt habe, und zwar auf 300 Millionen Mehrausgaben für die Erwerbslosenfürsorge und auf 600 Millionen Mark Einnahmeausfälle.

Die 300 Millionen Mehrausgaben für die Erwerbslosenfürsorge stellten nach der neuesten Entwicklung eine Höchstsumme dar, über die nicht hinausgegangen zu werden brauche.

Er habe auf Grund der Steuereingänge der letzten Monate die Einnahmeschätzung nochmals überprüft. Wenn sich dabei auch seine früheren Schätzungen als richtig erwiesen hätten, so müsse immerhin mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der mit 600 Millionen angenommene Anteil des Reiches an den Einnahmeausfällen

bis zu 100 Millionen Mark überschritten

werden könne. Insgesamt werde der Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts 1930 also die Höchstsumme von rund einer Milliarde nicht übersteigen.

Eine Gefahrenquelle für die öffentliche Hand liege noch **bei den**

Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen,

deren Zahl im Juli d. J. etwa 400 000 und im Dezember 1930 rund 597 000 betragen habe. Die Notverordnungen hätten den Gemeinden neue Einnahmequellen verschafft. Auch müßten die Gemeinden zu größeren Ausgabensenkungen kommen. Dort, wo trotz aller Anstrengungen in den Gemeinden Schwierigkeiten entstehen würden, müßten zunächst die Länder eingreifen, denen im Zusammenhang mit der Realsteuersenkung und der Zuweisung von Hauszinssteuermitteln Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt seien.

Der Minister betonte weiter, daß er dem Reichsrat in den nächsten Tagen einen Ergänzungshaushalt vorlegen werde, der auch die Stellenabsetzungen bei den Ministerien bringe. Das Kabinett habe nämlich beschlossen, daß

der Personalstand der Ministerien um mindestens 10 Prozent verringert

werden müsse. Mit dieser Verringerung werde durch Stellenabsetzungen in diesem Ergänzungshaushalt der Anfang gemacht.

Reichsminister Dietrich erklärte weiter, die entscheidende Frage sei, daß der Haushalt 1931 auf gesicherter Grundlage ruhe. Durch die starken Ausgabenabstriche und die Unabhängigkeit der Arbeitslosenversicherung vom Reichshaushalt sei der Haushalt 1931

auf eine festere Grundlage gestellt.

Eine Gefahrenquelle werde in den für 1930 geschätzten Steuereinnahmen gesehen. Es sei Gefühlssache, ob man sich bei den Steuerschätzungen von einem gewissen Vertrauen in die Zukunft leiten lasse, oder ob man sich von den denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten

die dunkelste aussuche.

Wenn die leichte Besserung im Jahre 1931, von der die Schätzungen des Haushaltsentwurfes ausgingen, nicht eintreten sollte, so würde der Ausfall für das Reich sich etwa in der Höhe von 200 bis 300 Millionen bewegen.

Der Minister erklärte, er halte es nicht für richtig, einen solchen Fehlbetrag durch Steuererhöhungen zu decken. Es sei das verkehrteste, Steuern auf Vorrat zu schaffen.

Wenn es gelänge,

eine Reserve durch Ausgabenkürzung

zu schaffen, so werde er dies sehr begrüßen. Der Minister gab dann ein zahlenmäßiges Bild darüber, in welchem Rahmen sich die Streichungsmöglichkeiten bewegen könnten. Alle Maßnahmen, die die Regierung ergriffen habe und noch ergreifen werde, hätten das Ziel, der Wirtschaft wieder Auftrieb und Rentabilität zu geben und eine möglichst große Zahl Arbeitsloser wieder dem Arbeitsprozeß einzufügen. Von dem Erfolg dieser Maßnahmen hänge es ab, ob

der gemäßigte Optimismus,

der im Haushaltsentwurf zum Ausdruck komme, berechtigt sei. Der Minister betonte, daß die Schwierigkeiten nicht nur vom Weltmarkt und der Weltwirtschaftskrise herkämen, sondern in verstärktem Maße auch vom Inland her. Daher müsse es Hauptsorge sein,

den Inlandsmarkt zu beleben.

Der starke Rückgang des Eisenabsatzes im Inland sei erschreckend, wenngleich sich die Ausfuhr noch leidlich gehalten habe. Es sei zwecklos, den Reichshaushalt mit Gewaltmitteln zu beeinflussen; vielmehr sei es notwendig, den übertriebenen,

oft nicht gerechtfertigten Pessimismus

im deutschen Volke zu bekämpfen. Wenn an allen Ecken und Enden, so erklärte der Minister abschließend, immer nur gemunkt werde, verliere das Volk noch den letzten Rest seines Mutes.

Auf einen kommunistischen Zwischenruf erklärte der Minister, daß er sich nicht für eine Erhöhung der Steuern, auch nicht der Umsatzsteuer, aussprechen werde, weil gerade das eine untragbare Herabdrückung der Lebenshaltung herbeiführen würde.

Im Verlauf der Aussprache wandte sich Abg. Hergt (Dtn.) gegen den gemäßigten Optimismus des Ministers. Die Deutschnationalen wollten durchaus nicht in übertriebenen Pessimismus verfallen, sie verlangten aber absolute Klarheit. Das Furchtbare sei die

Tendenz des Niederganges,

die sich seit vielen Monaten, herbeigeführt durch den Druck der Young-Lasten und der neuen Steuern, gezeigt habe. Im abgelaufenen Jahr seien

1,3 Milliarden neue Steuerlasten und dazu 1,5 Milliarden neue Soziallasten

in Gestalt der Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung auferlegt worden, und das alles, um zu guter Letzt mit einer Milliarde Defizit und erheblichen Gefahrenmomenten bei der Kassenlage zu enden. Die Regierung stehe einfach nach den vier Steuerwellen des letzten Jahres

vor neuen Steuernotwendigkeiten,

gegen die aufs heftigste protestiert werden müßte. Ferner besprach der Haushaltsausschuß einen kommunistischen Antrag zum Schiedsspruch im Eisenbahnerkonflikt.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums gab hierbei bekannt, daß sich die Parteien geeinigt hätten. Die Einigung laufe darauf hinaus, daß die im Schiedsspruch zugelassene Sonntagsarbeit, soweit sie unumgänglich sei, als Überzeitarbeit vergütet werden soll.

Die sächsischen Wahlkreise lösen die Beziehungen zur Reichsparteileitung.

Die drei sächsischen Wahlkreise der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) haben auf einer Tagung am 11. Januar in Dresden mit Rücksicht darauf, daß die öffentliche Erörterung des bedauerlichen Führerstreits für die Partei untragbare Formen angenommen hat, vom Parteivorsitzenden Drewitz den freiwilligen Rücktritt verlangt. Herr Drewitz hat dieses abgelehnt. Die drei sächsischen Wahlkreise brechen nunmehr in voller Einmütigkeit die Beziehungen zur Reichsparteileitung ab.

Danziger Eisenbahner ersticht polnischen Beamten.

Folgen der unwürdigen Zustände in Danzig.

Auf dem Danziger Eisenbahnbauamt, das von polnischen Eisenbahnbeamten verwaltet wird, geriet der Danziger Eisenbahner Gengerski mit dem polnischen Bürohilfsarbeiter Styrbicki in Streit, in dessen Verlauf der Pole die Worte gebrauchte:

„Euch deutschen Hunden werden wir das schon anstreichen!"

Gengerski griff zum Messer und brachte dem polnischen Beamten einen Stich in die Lunge bei, an dessen Folgen er verstarb. Der Streit entstand wegen des zuständigen Restlohnes, der den Danziger Eisenbahnern noch immer von den Polen vorenthalten wird.

Polnische Minierarbeit in Genf.

Unterredung Zaleskis mit dem rumänischen und südslawischen Außenminister.

Im Laufe des Mittwochs fand in Genf eine längere Unterredung des polnischen Außenministers Zaleski mit dem rumänischen und südslawischen Außenminister statt. Es wird ein Protokoll über die Verlängerung des polnisch-rumänischen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrages auf fünf weitere Jahre unterzeichnet werden.

Die Verhandlungen in Südwales.

Noch keine Einigung.

Die Vertreter der Bergleute und der Grubenbesitzer von Südwales hatten längere Besprechungen im Arbeitsministerium. Bisher ist noch keine Grundlage zu gemeinsamen Verhandlungen der Parteien gefunden worden.

Das gärende Indien.

Bahnhofsgebäude in Burma überfallen. Stationsvorsteher getötet.

Trotz der beruhigenden englischen Mitteilungen scheinen die Unruhen in Burma nicht vollständig unterdrückt zu sein. Aufständische überfielen das Bahnhofsgebäude von Zebugyon in dem Bezirk Tharawaddy und töteten den Stationsvorsteher. Die Telegraphendrähte wurden von ihnen durchschnitten.

Ein Anschlag, der offenbar auf den Sonderzug des Vizekönigs von Indien beabsichtigt war, brachte einen Zug auf der Strecke Rangpur—Schanpur der Ostiesenbahn in Bengalen zur Entgleisung. Der Sonderzug des Vizekönigs konnte zwei Stunden später ohne jede Störung die Stelle passieren.

Bruch in der Wirtschaftspartei

Austritt des Abgeordneten Colosser.

Die Versuche sächsischer Wahlkreisorganisationen der Wirtschaftspartei und des Abgeordneten Ladendorff, den Austritt des Reichstagsabgeordneten Colosser aus der Partei zu verhindern, sind gescheitert. Colosser hat jetzt seinen Austritt aus der Partei in einem Schreiben an das Parteigericht erklärt. Er behalte sich vor, der Öffentlichkeit eine ausreichende Darstellung zu unterbreiten. Colosser will sein Reichstagsmandat zunächst als Fraktionsloser weiter ausüben.

Gelegentlich des Ausscheidens des Abgeordneten Colosser aus der Wirtschaftspartei hat der Parteivorsitzende, Abgeordneter Drewitz, erklärt, er habe bereits Strafantrag gegen Colosser und den Sohn des bisherigen Parteigeschäftsführers Dannenberg gestellt, da er in ihnen Verbreiter der ihn beleidigenden Behauptungen erblicke.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF